

# **Konzept für ein vertrauensvolles Miteinander und für effektive Strukturen in der Piratenpartei Niedersachsen**

von Dennis Plagge

## **ENTWURFSFASSUNG**

### **Teil I**

#### **Vorbemerkung:**

Eigentlich wollte ich nur ein Konzept schreiben, das deutlich macht, dass es nicht nur um Gebietsstrukturen allein gehen kann, sondern dass wir mehr brauchen, um uns zukunftsfähig zu strukturieren und einen möglichen Weg dazu zur Diskussion stellen.

Leider ist dieses Konzept trotz der vielen Arbeit daran zum Vorbereitungstreffen in Oldenburg nicht fertig geworden, auch wenn ich versucht habe, in meinen Augen wichtige Punkte dort anzusprechen.

Dies ist aber leider inhaltlich in der z.T. heiß geführten Debatte um Regions- und Kreisverbände etwas untergegangen, weshalb ich dieses schriftlich nachreichen wollte.

Nachdem ich die Eindrücke der Gespräche in Oldenburg, die oft auch inhaltlich sehr interessant abseits der Geschäftsordnung geführt wurden, verarbeitet habe, schließt sich meine Sorge an, dass zum Landesparteitag auch ein Miteinander schon in der Gebietsstrukturkonzeption nicht zu erreichen sein wird. Dies liegt an den doch recht unterschiedlichen Perspektiven zur Wichtigkeit einzelner Interessen und auch nach wie vor an Missverständnissen zu bestimmten Punkten.

Da ich glaube, dass eine effektive Zusammenarbeit der Piraten in dazu geeigneten Strukturen sehr dringend nötig ist, ist es mir ein Anliegen ein nochmal komplett überarbeitetes Konzept vorzulegen, dass auch den Erkenntnissen in Oldenburg Rechnung trägt.

Um im Wettstreit mit anderen Parteien zukünftig erfolgreich zu sein, ist es sehr wichtig, dass wir nicht aus den Augen verlieren, warum wir diese Strukturen überhaupt schaffen. Das Ziel muss klar sein, damit wir einen Beurteilungsrahmen haben. Mit der Besinnung auf die eigentlichen Ziele ist die Sache an sich trivial.

Wir strukturieren eben nicht der Strukturen willen, in die sich dann jeder zurückziehen kann. Nein, wir tun dies auch nicht, um nur die nächste Wahl zu befördern.

Wir tun dies, damit wir nach einer Verzehnfachung der Mitglieder Strukturen schaffen, in denen wir auf allen Ebenen vernünftig miteinander arbeiten und kommunizieren können. Erst wenn wir dies auf den unterschiedlichen Ebenen können, haben wir auch die Möglichkeit das zu erarbeiten, was für unsere Erfolge bei den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen nötig ist.

Das Maß ist also, ob Zusammenarbeit und Kommunikation mit diesen Strukturen befördert werden und wo. Nichts anderes. Keine Machtverteilung, keine Finanzerwägungen, keine Ämterkonstruktion.

Ob uns dies in einem kurzen Zeitrahmen gelingt, ist sicher die Schlüsselfrage, die maßgeblich darüber entscheiden wird, ob wir in die Lage versetzt werden, zu beweisen, dass wir eben keine

2-3% Modeerscheinung bleiben und damit, ob wir in den Parlamenten und Rathäusern die Politikänderungen umsetzen werden können, über die wir die ganze Zeit reden, die so viele erhoffen und manche auch befürchten, die dort gerade sind.

Ich weiß, dass auch in diesem Konzept Euch mancher Punkt unzureichend erscheinen wird, aber ich versuche es einfach mal, in meinen Augen wichtige Punkte für die Zukunft schriftlich zu fixieren, in der Hoffnung, dass wir auf dem Landesparteitag mehr zu Stande bringen werden als sich abzeichnet. Ich bitte darum, dass das nun Folgende dem Sinne nach gelesen wird und sich nicht an einzelnen Formulierungen „aufgehängt“ wird.

### **Zusammenfassung der Gebietsstrukturdebatte:**

Ich habe persönlich großes Verständnis für die Haltungen in den beiden „großen Lagern“ in der Gebietsstrukturdebatte und Ihrer wichtigen Anliegen, die ich hier nur skizzieren kann und teilweise in diesem Konzept noch etwas im Detail beleuchtet wird.

Die Vertreter der Kreisstrukturen verweisen völlig zu Recht darauf, dass sie mit den Kreisverbänden den speziellen lokalen Aspekten nachkommen möchten, die gerade auch für die Kommunalwahlen besonders wichtig sind. Die Vertreter der Regionalstrukturen verweisen auf die Notwendigkeit von organisatorischen Funktionen, die von der Landespartei, wie von den Kreisverbänden unzureichend ausgefüllt werden können.

Je nach Gewichtung wird meiner Meinung jedoch vereinzelt ausgeblendet, dass eben beide Lager berechnete Argumente und Anliegen haben, die nicht „Entweder oder“ beantwortet werden können, sondern einer „Sowohl als auch“-Lösung bedürfen.

Innerhalb eines möglichen Kompromisses in dieser Richtung, wird darüber hinaus diskutiert, ob diese Regional-/Bezirksverbände „Top down“ als Rahmenkonzept vorgegeben werden sollten oder ob sich diese wild aus den Kreisen entwickeln müssen („Bottom up“).

Vertreter der „Bottom up“-Lösung melden an, dass die Kreise am Besten wissen sollten, mit wem sie zusammenarbeiten wollen und sehen sonst die innerparteiliche Basisdemokratie in Gefahr, wenn der Landesverband ordnend eingreift.

Vertreter der „Top down“-Variante meinen, dass dies eigentlich der historischen Entwicklung entspräche, da nach der Bundespartei die Landesverbände konstituiert wurden und der Mitgliederentwicklung geschuldet nun halt die regionalen und lokalen Strukturen gebildet werden müssten, wobei man halt auch bei den Regionalverbänden eine sinnvolle Ordnung vornehmen müsse, um die Zielsetzung nicht zu gefährden.

In diesem Zusammenhang ist ihnen beispielsweise wichtig, dass nicht nur kleine Regionalverbände gebildet werden, die nur aus wenigen Kreisen bestehen und das dies nicht dazu führt, dass sich im Land „weiße Flecken“ bilden, in denen nicht mal Regionalverbände existieren, die für kreisverbandslosen Piraten keinerlei Gebietsstruktur unterhalb des Landesverbandes anbieten.

### **Mein Fazit:**

Die Argumentationslager haben zwar beide Recht, liegen aber ebenso falsch. Dies nicht nur, weil sie z.T. die berechtigten Anliegen des anderen Meinungsagers teilweise oder manchmal gar nicht anerkennen, sondern weil die Erfahrung in anderen Landesverbänden deutlich zeigen, dass es keine perfekt funktionierenden Strukturen gibt. Es wird eine Debatte um Theorien geführt, die zudem

nicht berücksichtigen, dass es neben der Gebietsstrukturen auch ein weiteres etabliertes Strukturelement in der Piratenpartei gibt. Der Blick geht aber über den Tellerrand der Gebietsstrukturen nicht hinaus und wird von vornherein ausgeschlossen, obwohl es sich bei Betrachtung der eigentlichen Ziele lohnen würde, dieses in die Gesamtbetrachtung mit einzubeziehen.

Dass dies nicht passiert und nur darüber diskutiert wird, welche Gebietsstrukturen welche Funktionen zugestanden werden sollen und wer die Kontrolle über diese Bildung hat, läßt bei mir den Eindruck entstehen, dass es hier stellenweise weniger darum geht, alle Anliegen bestmöglich zu erfüllen, sondern das in Einzelfällen ein Machtkampf zwischen den mehr oder minder offen deklarierten Interessen stattfindet. Dazwischen befindet sich die Mehrheit, die tatsächlich um einen Ausgleich herzustellen bemüht ist, aber unterschiedliche Gewichtungen sieht.

„Willkommen in der Politik“ könnte ein unbeteiligter Außenstehender leicht ironisch hinzufügen. Es geht aber nun mal um die wichtige Fragen: „Wie schaffen wir Strukturen, die eine möglichst effektive Arbeit der Piraten im Land, in der Region und vor Ort erlauben?“, „In welchem Rahmen soll die Kommunikation zu dieser Arbeit stattfinden?“, „Wie gewährleisten wir, dass die Meinung und Mitarbeit des Einzelnen nicht in der Vielzahl der Stimmen untergeht und damit aus der persönlichen Perspektive gar als unwichtig wahrgenommen wird?“ und „Wie verhindern wir gleichzeitig eine Inselbildung (Cocooning) der Kommunikation und Zusammenarbeit in immer intimere, sich abschottende Kreise?“.

Deshalb möchte ich dazu aufrufen, diese eigentlichen Fragen und Ziele nicht aus den Augen zu verlieren und die alleinige Fokussierung auf Gebietsstrukturen aufzugeben. Die Theorie, dass ein einziges Strukturelement - in welcher Form auch immer - alle Probleme lösen können, ist und bleibt eine Theorie und wird in der Praxis die eigentlichen Fragen nur unzureichend beantworten.

Nach meiner Meinung sollten wir im Sinne eines möglichst gesunden Systems aus den Erfahrungen anderer Landesverbände lernen und uns breiter aufstellen.

### **Strukturelle Monokultur vs. Vielfalt und Ausgleich:**

Dass die Gebietsstrukturierung geklärt werden muss, stelle ich außer Zweifel und möchte daher ebenfalls einen Vorschlag anbieten.

Allerdings ist die alleinige Strukturierung anhand geographischer Kriterien nichts anderes als eine strukturelle Monokultur, wie sie sich auch in der Landwirtschaft als unzureichend herausgestellt hat. Jede Wirkung hat bekanntlich auch Nebenwirkungen und das Festlegen auf eine strukturelle Monokultur wird diese unerwünschten Nebenwirkungen natürlich deutlich zu Tage treten lassen.

Innerhalb der Piratenpartei kennen wir aber auch noch ein zweites etabliertes Strukturmodell neben den geographischen Gebietsstrukturen, nämlich das der thematischen Strukturelemente in Form der AG- und Crew-Strukturen, welches in NRW und Berlin vollständig, aber auch in gemischter Form in der Bundespartei eingesetzt wird.

Wenn wir aus den Erfahrungen anderer Landesverbände lernen wollen, dann zeigt sich sehr deutlich, dass die Festlegung auf nur eines von beiden Strukturierungskonzepten als Monokultur kontraproduktiv ist. Gerade aber die Bundespartei ist das beste Beispiel für die gesunde Mischung beider Strukturelemente, die sowohl die Landesverbände als auch die AGs kennt. Diese Struktur der Bundespartei sehen wohl auch die wenigsten Piraten als ungeeignet an und ist damit allgemein

anerkannt.

Daher kann man sich am deutlichsten vergegenwärtigen wie unvollständig diese Monokultur in Niedersachsen wäre, wenn man sich einfach mal für einen Augenblick vorstellt, dass die Bundespartei wahlweise keine Landesverbände oder Arbeitsgemeinschaften kennen würde. Aus heutiger Sicht wirkt dies natürlich völlig unvollständig und unvorstellbar, weil dann bestimmte Formen der effektiven Zusammenarbeit und dazugehörige Kommunikation wegfielen.

Was hindert uns also daran, das Erfolgskonzept der Bundespartei auch auf den Landesverband Niedersachsen anzuwenden?

### **Zusammenfassung Teil I:**

- Zentrale Fragen der Strukturierung:
  - Wie schaffen wir Strukturen, die eine bessere organisatorische, politische und dienstleistende Arbeit der Piraten erlauben?
  - Wie schaffen wir Kommunikationswege landesweit, regional, lokal und thematisch, um diese Arbeit zu befördern?
  - Wie ist es in Anbetracht der vielen Piraten und Freibeuter durch Strukturen möglich, dass jeder Einzelne seine Meinung und Mitarbeit als wichtig wahrnimmt und nicht den Eindruck gewinnt, sie würde in der Vielzahl untergehen und verpuffen.
  - Wie wirkt man einem isolierenden Cocooning in der Kommunikation und Zusammenarbeit entgegen und verhindert Intransparenzen?
- These:

Struktur-Monokulturen sind kontraproduktiv. Im Sinne eines gesünderen Systems, das bestmöglich den Erfordernissen gerecht wird, ist eine Vielfalt von Gebietsverbänden und AGs sinnvoll.

### **Teil II Ursprüngliches Konzept und Schluß**

#### **Wichtige Herausforderungen der für ein erfolgreiches Bestreiten der mittelfristigen Ziele (Kommunal- und Landtagswahlen):**

- Schaffung freundschaftlicher und effektiver Organisations- und Kommunikationsstrukturen
- Inhaltliche Programmarbeit für Kommunal- und Landtagswahlen befördern
- Organisatorische und dienstleistende Arbeit aufbauen, strukturieren und verbessern, insbesondere:
  - Geeignete Wahlkampf(strategie)planung langfristig und frühzeitig vorbereiten und überregionaler Austausch von Erfahrungswerten für bessere und klarere Wahrnehmung der PIRATEN und ihrer Themen („Wie bringen wir unsere PS besser auf die Straße?“)
  - Verbesserte Strukturierung der Pressearbeit auf Landesebene
  - ...

## **1.) Schaffung freundschaftlicher und effektiver Organisations- und Kommunikationsstrukturen:**

### **1.1) Allgemein:**

Dieses Konzept sieht die Schaffung von Regional-/Bezirksverbänden, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften auf Landes-, Regional- und Kreisebene vor. Ob neben den Stammtischen auch Ortsverbände wirklich (schon) nötig sind, halte ich bei der derzeitigen Mitgliederzahl für fragwürdig. Alle diese Strukturen sind autonom und haben grundsätzlich ihre Daseinsberechtigung solange sie nicht inaktiv werden oder einen Schaden für andere verursachen.

Die Gründe für diese Strukturelemente möchte ich kurz darstellen:

### **Kreis- und Stadtverbände:**

Kreisverbände sind natürlich gerade für die Arbeit zu lokalen Themen nötig. Besonders für den Kommunalwahlkampf werden sie ohne Zweifel sehr wichtig werden. Im ländlichen Raum gibt es darüber hinaus spezielle Erfordernisse, die einige u.a. in Oldenburg angeführt haben, die aus städtischer Perspektive manchmal etwas schwerer verständlich sind, aber deswegen nicht weniger berücksichtigt werden sollten. Sie tragen also den lokalen Bedürfnissen ausreichend Rechnung und tragen natürlich dazu bei, dass man sich mit der lokalen Arbeit identifizieren kann. Selbstverständlich ist dies neben den Stammtischen auch der Rahmen, in dem am Besten die Wichtigkeit der eigenen Arbeit erfahrbar ist. Es gibt jedoch gewisse Schwierigkeiten, die gelöst werden müssen.

### **Problemfelder:**

#### **– Befürchtung der Inselbildung:**

Durch den lokalen Bezug und die besondere Nähe ist selbstverständlich auch die Identifikation sehr hoch, was an sich ja erstmal positiv und beabsichtigt ist, aber auch zur Befürchtung von vielen Piraten Anlass gibt, dass die Bereitschaft zurück gehen könnte, sich auch regional oder landesweit zu engagieren und die Kommunikation weiter in kleinere Räume verinselt (Cocooning).

Durch besondere Anreize könnte der natürlichen Tendenz zum Cocooning entgegengewirkt werden. Dies wäre eventuell hilfreich, da die PIRATEN von regionaler, landes- und bundesweiter Zusammenarbeit der Piraten und Freibeuter lebt und sie auch auszeichnet. Dies kann selbstverständlich nicht durch Arbeit in kleinen lokalen Gruppen ersetzt werden.

Es ist für jeden Piraten manchmal schwer, sich selbst im größeren Rahmen „wiederzufinden“ und seine Meinung berücksichtigt zu sehen. Einen Ausweg bietet vielleicht die thematische Arbeit in regionalen und landesweiten AGs.

#### **– „Pöstchen-Problem“ und Administrations-Overhead:**

Jede autonome Struktur benötigt zur Verwaltung Ihrer Angelegenheiten natürlich einen entsprechenden Administrationsaufwand. Bei vielen kleinen Kreisverbänden mit wenigen Piraten ist dieser anteilmäßig sehr hoch und der Anteil der Arbeit, die keine Verwaltungstätigkeiten zum Gegenstand haben, geht damit konsequenter Weise zurück. Inhaltliche, organisatorische und

dienstleistende Arbeiten verlieren durch den Overhead an Dynamik.

Darüber hinaus ist gerade in sehr kleinen Kreisverbänden der Anteil derjenigen sehr hoch, die Ämter bekleiden. Damit wird u.U. nahezu jeder in einem solchen Kreisverband ein Vertreter der Piratenpartei. Einzelmeinungen werden damit von Außenstehenden stärker als offizielle Meinungsäußerungen der PIRATEN wahrgenommen.

Im Sinne einer qualitativen und anteilmäßig geringen Administrationsarbeit könnte es sinnvoll sein, dass die Mindestanzahl an Piraten zur Gründung und Aufrechterhaltung von Kreisverbandsstrukturen anzuheben. Allerdings bin ich hier unentschlossen, da dies möglicherweise dazu führen könnte, dass man schwächere Kreise ungewollt über Gebühr benachteiligen könnte. Andererseits können kleinere Gruppen sich nach wie vor dennoch zu Stammtischen zusammenfinden und über den Regionalverband Unterstützung der eigenen Arbeit erfahren, sich einbringen und finanzielle Mittel für die eigene Arbeit erhalten. Auch wenn ich hier noch unentschlossen bin, halte ich es für wichtig, dass man dies anspricht.

- Problem der kommunalen Schatzmeisterarbeit im Zusammenhang mit der staatlichen Parteienfinanzierung:

Gegenwärtig bereitet es schon zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden erhebliche Probleme die strengen Vorschriften zur Parteienfinanzierung vollumfänglich zu erfüllen. Das erforderliche Know-How zur ordnungsgemäßen Buchführung in diesem Kontext ist zahlenmäßig in der Partei beschränkt. Zukünftig müssen auch die Kreisschatzmeister dieses Know-How haben und den strengen Anforderungen im Umgang mit den Finanzen genügen. Dies hat aber in der Vergangenheit schon ohne die vielen Untergliederungen große Probleme bereitet.

Es besteht natürlich die Gefahr, dass durch ungenügende Berücksichtigung von staatlichen Vorschriften der Partei ein finanzieller Schaden entsteht. Ein möglicher Ausweg wäre neben Schulungen, dem Landesschatzmeister mögliche Ordnungsmaßnahmen zu zugestehen, mit denen er im Notfall zeitnah in die Finanzautonomie der Untergliederungen einzugreifen legitimiert wird, wenn auf keinem anderen Weg mehr Schaden abwendbar erscheint. Dafür müssten natürlich objektive Beurteilungskriterien vorliegen und eine hohe Hürde festgeschrieben werden, damit klargestellt bleibt, dass dies nur auf den Einzelfall anwendbar bliebe.

Die Tragweite dieses Problemfeldes wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, dass lt. Aussage der Schatzmeister schwere Verstöße auf Kreisebene auch die gesamte Parteienfinanzierung gefährden können.

### **Regionalverbände/Bezirksverbände:**

Regionalverbände sind gegenwärtig sehr umstritten, da sich Ihre Existenz nicht mit Wahlen in Einklang bringen lässt, dennoch gibt es sehr viele gute Gründe, die für Regionalverbände sprechen, wie auch das Konzept von Holger Lubitz darstellt.

Ich betrachte Ihre Aufgabe als Klammerfunktion, die unter den örtlichen Kreisverbänden und den verbandslosen Kreisen eine regionale Zusammenarbeit und Kommunikation zu regionalen Themen erlauben, die der Landesverband im Detail nicht wahrnehmen kann. Gleichzeitig ermöglichen sie es, zwischen den einzelnen Regionen und dem Landesverband Kommunikation und Zusammenarbeit zu vereinfachen.

Durch lückenlos organisierte Regionalverbände entstehen keine „weißen Flecken“, um die sich der Landesverband nicht alleine kümmern kann und überträgt damit den in ihnen organisierten Kreisverbänden die Verantwortung, sich gemeinsam um Kreise außerhalb ihres eigenen zu kümmern.

Gleichzeitig könnten die Kreise zur Zusammenarbeit animiert werden, indem man an sie Finanzmittel zur weiteren Verwendung in sinnvollen Projekten der Region vergeben könnte. Dem Trend zum Cocooning könnte damit mit einem wirkungsvollen Anreiz begegnet werden.

Der Austausch der Piraten über den lokalen Rahmen hinaus und die Versorgung von Kreisen mit kreisverbandslosen Piraten ist ein Interesse, das alle Piraten im Land teilen und befördern sollten. Kreis- und Stammtischlosen Piraten können stärker in die Arbeit in der Region einbezogen und damit ein Wachstum in die Fläche erleichtert werden.

### **„Bottom up“- vs. „Top down“-Vorgehen bei Regionalverbandsgründungen:**

Großen Anteil der Diskussion beim Vorbereitungstreffen in Oldenburg bezüglich eines möglichen Kompromisses bei der Bildung von Regionalverbänden war die Frage, ob dabei „Top down“ oder „Bottom up“ vorgegangen werden solle.

Gegen die „Bottom up“-Methode spricht, dass sich einzelne Kreisverbände wie angekündigt nur mit einem oder nur wenigen anderen Kreisen zusammenschließen wollen und sich so viele kleine Regionalverbände gründen, durch die die eigentlichen Ziele, die mit Regionalverbänden einhergehen, nicht erreicht werden.

Außerdem hatte ich leider in einem speziellen Einzelfall die Erfahrung gemacht, dass es zumindest einen Piraten gibt, der sich argumentativ überhaupt nicht mit Regionalverbänden auseinandersetzen wollte, völlig blockierte, den offensichtlich nur eigene Interessen interessieren und sich hinter vorgeschobenen Argumenten versteckte. Dies ist wohlgerne ein Einzelfall gewesen, der sich besonders deutlich durch eine fehlende Bereitschaft zur gemeinsamen Lösungssuche auszeichnete. In meinen Augen ist dies sehr egoistisch, kurzsichtig und gefährlich. Alle anderen Piraten, die Regionalverbänden gegenüber kritisch eingestellt sind, haben zumindest eine offene Diskussion geführt, die sie mit weiteren Argumenten untermauerten.

Ich habe in diesem speziellen Fall den Eindruck gewonnen, dass es hier eigentlich nur darum ging, möglichst wenig eigene Macht einzubüßen. Dies ist in meinen Augen allerdings das unpiratigste, was ich mir vorstellen kann, denn wir alle haben ein Interesse daran, dass wir möglichst gut miteinander statt gegeneinander arbeiten. Und wir alle haben ein sehr hohes Interesse daran, auch die Interessen des Landesverbandes zu wahren, wenn man so will eine Art Bündnistreue zu üben, die über allen Einzelinteressen stehen muss. Denn: Niemand von uns wird alleine gewinnen.

Ich hatte in Oldenburg gesagt, dass ich die „Top down“-Methode nicht für die glücklichste Art und Weise halte, wie Regionalverbände zu bilden seien, aber für die einzig praktikable, da ich die Gefahr sah, dass bei einem zu chaotischen Vorgehen wichtige Dinge links liegen gelassen werden. Daher fand ich, dass ein einmaliges ordnendes Vorgehen ausnahmsweise nötig wäre. Ich lasse mich aber auch sehr gerne vom Gegenteil überzeugen, zumal ich nicht denke, dass man einzelnen „Ausreißern“ derart viel Bedeutung beimessen sollte.

Daher hat sich meine Meinung dahingehend geändert, dass ich „Bottom up“ vor „Top down“ befürworte, denn ich habe großes Vertrauen, dass nahezu alle Piraten sich Argumenten nicht verschließen und sinnvolle Entscheidungen zum Wohle aller treffen werden.

Wo immer sinnvolle Regionalverbände von den Kreisen selbst gegründet werden können, die auch den Anforderungen des Landesverbandes genügen, sollte deshalb diesem freien Bildungsprozess definitiv der Vorrang eingeräumt werden. Ich denke, dass wir uns einander auch so weit vertrauen sollten, dass der jeweils Andere, die Anliegen der Gegenseite anerkennen und respektieren wird.

Nur wenn es im Notfall nicht anders geht und sich Einzelne nicht dazu entschließen können, auch im Interesse aller Piraten zu handeln, sollten vom Landesverband auch „Top down“ einen Rahmen vorgegeben werden können. Der Landesverband hat hierfür im absoluten Notfall aber auch noch das satzungskonforme Instrumentarium der Ordnungsmaßnahmen gegen seine Untergliederungen zur Verfügung. Man muss deutlich sagen, dass die Anwendung dessen für keine Seite wünschenswert wäre, weshalb auch die Anwendung nur als letztes Mittel in Betracht käme.

Man muss aber bei der Diskussion um dieses Thema deutlich sagen, dass der Landesverband dieses Mittel durchaus hat und auch legitim zur Anwendung bringen kann, wenn er Schaden von allen Piraten abwenden muss. Insofern bleibt der Landesverband durchaus nicht gänzlich so zahnlos, wie man meinen könnte, wenn die Bildung der Regionalverbände „Bottom up“ erfolgt und dabei möglicherweise Einzelne rücksichtslos meinen, die Interessen aller Piraten im Land unberücksichtigt lassen zu können. Die Freiheit des Einzelnen bedeutet eben auch eine Verantwortung gegenüber anderen.

Insofern besteht meines Erachtens keine Notwendigkeit dazu, ordnender als unbedingt nötig in einen freien Bildungsprozess einzugreifen. Dies sollte kooperativ und freundschaftlich möglich sein und jeder Kreis sollte frei mit anderen zusammen Regionalverbände gründen, so lange die Interessen des Landesverbandes und damit aller niedersächsischen Piraten gewahrt bleiben.

Auch hier gilt wieder der Grundsatz „Die Freiheit des Einzelnen hört nur da auf, wo die Freiheit anderer beschnitten wird.“.

Grundsätzliches Vertrauen ineinander sollte vorherrschen, so dass ein sinnvoller Ausgleich zwischen beiden Interessenlagern ermöglicht und damit den Weg für ein verantwortungsvolles Miteinander frei gemacht wird. Unter Piraten ist dies doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit...

### **Arbeitsgemeinschaften:**

Die organisatorischen, politischen und dienstleistenden Arbeitsgemeinschaften auf regionaler und landesweiter Ebene fungieren neben Ihrer eigentlichen thematischen Arbeit außerhalb des lokalen Wirkungskreises auch als Kommunikationskanäle, über die vor allem auch das Miteinander über den lokalen und regionalen Kreis der Piraten hinaus gefördert werden. Gerade der Austausch von Erfahrungen über diese Kanäle trägt auch zur Verbesserung lokaler Vorgehensweisen bei und ermöglicht gleichzeitig ein Feedback, wie man lokal im Verhältnis zu anderen Kreisen in Niedersachsen aufgestellt ist und was man in dem ein oder anderen Punkt voneinander lernen kann. Neben den regionalen und landesweiten AGs lassen sich in größeren Kreis- und Stadtverbänden auch dort Projekte thematisch in eigenen AGs erarbeiten. Am Stammtisch in Braunschweig ist dies beispielsweise bereits heute geübte Praxis.

Im Gegensatz zum Bundesverband, wo Arbeitsgemeinschaften trotz Bewährung in der Praxis und allgemeiner Akzeptanz offiziell noch den Status von inoffiziellen Strukturen haben, sollten wir in Niedersachsen bereits den Schritt zur formellen Legitimation gehen, wie dies auf Bundesebene sicher auch sehr bald erfolgen wird.

Der Vorteil ist beispielsweise, dass damit einzelnen AGs – wie bspw. die Presse AG des Landesverbands – für Ihre tagtägliche Arbeit kleine Budgets zugewiesen werden können, den diese im vorgegebenen Rahmen dazu einsetzen können, um effizient und schnell zu agieren, ohne bei kleineren Beträgen jedes mal die Entscheidung des Landesvorstands herbeiführen zu müssen. Dies entlastet den Vorstand, da er sich nicht jedes mal um die vielen kleinen Details in der tagtäglichen Arbeit kümmern muss und überträgt im Sinne horizontaler Entscheidungen im überschaubaren Rahmen Entscheidungsverantwortung in die thematischen AGs, wo diese Fragen anfallen und beurteilt werden können. Eigene Budgetzuweisungen gibt es vereinzelt bereits heute schon auf Bundesebene.

Neben einer wünschenswerten formellen Klarstellung zu den AGs bedarf es ansonsten sicher erstmal nur der Bereitschaft diese zu gründen und an ihnen mitzuwirken. Weitere formelle Regelungen sind nach meiner Auffassung im Sinne eines möglichst unbürokratischen Vorgehens nicht erforderlich. Insbesondere lehne ich ein AG-Wächtergremium wie der AG Rat auf Bundesebene ab. Der Landesparteitag kann zukünftig auch so verbindliche Regelungen für AGs treffen, wenn diese tatsächlich nötig sein sollten. Man muss keine ausufernden Regelwerke schaffen, wo sie nicht notwendig sind. Für was, in welchem Umfang und wie Mittel aus eventuellen Budgets verwendet werden dürfen, kann der Landesvorstand auch bei der Zuweisung eines solchen Budgets festlegen, wenn er diese Zuweisung für angebracht sieht.

Gerade die politische AGs können wesentlich dazu beitragen, dass die niedersächsischen Piraten für den Landtagswahlkampf frühzeitig ein landesweites Programm erarbeiten, das auf einem zukünftigen Parteitag beschlossen werden kann. Außerdem sind natürlich landesweite AGs in der Lage gemeinschaftlich eine geringere Unterstützung der Bundespartei bei Landtags- und Kommunalwahlen aufzufangen. In NRW wird bspw. derzeit ebenso an einer Landespressarbeit gearbeitet, die zum dortigen Landtagswahlkampf diese Funktion möglichst autark wahrnehmen kann. Dies ist natürlich ebenso für andere Aufgaben sinnvoll und wünschenswert, doch dazu später etwas mehr unter Punkt 3.

## **1.2) Finanzordnung:**

Die Erfahrung aus den anderen Landesverbänden (insbesondere NRW) zeigt, dass eine starke finanzielle Schwächung des Landesverbandes in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv wirkt.

Finanzmittel können auf Landesebene besser nach Bedarf und Priorisierung der Sinnhaftigkeit gesteuert und vergeben werden. Die Transparenz zur Verwendung ist zudem höher, da der Landesverband gegenüber allen Piraten im Land zur Rechenschaft verpflichtet ist und nicht nur einem kleinen Kreis an Piraten.

Auch die Kreisverbände leiden im finanziellen Notfall, da der Landesverband erheblich die Möglichkeiten reduziert werden, diesen im Zweifelsfall finanziell zur Seite zu stehen und aus eventuellen Problemen zu befreien.

Bereits kleine Änderungen am Finanzverteilungsschlüssel zu Gunsten der Untergliederungen bedeuten ggf. nur kleine Zugewinne verteilt auf die vielen Regionen und Kreise, aber sehr große Finanzabflüsse auf Landesebene. Abgeflossene Mittel wären gebunden und nur unter erheblichen Organisationsaufwand für größere und schnell notwendige Projekte reorganisierbar.

Natürlich möchte jede Untergliederung auch finanziell bestmöglich gestellt werden, um eigene Interessen nachzukommen. Dies ist ganz natürlich. Allerdings sollte auch genug Vertrauen in den

Landesverband existieren, dass dieser ebenso ein großes Interesse daran hat, dass seine Untergliederungen bestmöglich ausgestattet werden.

Ich plädiere daher analog den Empfehlungen aus anderen Teilen des Bundesverbandes für eine Landesfinanzordnung, die den Landesverband nicht über Gebühr schwächt. Dabei stelle ich mir eine prozentuale Grundversorgung der Regionen und Kreise vor, die dann durch weitere Mittel nach Bedarf vom Landesverband aufgestockt werden.

Der Landesverband hätte damit auch die Möglichkeit ärmere Kreise etwas zu begünstigen, die dringend bessergestellt werden müssen, damit sie grundlegenden Aufgaben nachkommen können, die sie sonst nicht selber sicherstellen können. Auf diese Weise ergäbe sich eine weitere Möglichkeit zum Wachstum in die Fläche. Und der bisherige gute Stil, dass stärkere Kreise beim Aufbau der schwächeren helfen, bliebe damit erhalten.

Desweiteren könnten Finanzmittel vom Landesverband auch an Regionalverbände verteilt werden, um auch auf diesem Wege einen Anreiz zu bieten, dass eine Zusammenarbeit über den lokalen Rahmen hinaus erfolgt.

Insgesamt betrachtet ist eine Mittelverwendung effizienter, flexibler und transparenter, wenn sie maßgeblich vom Landesverband erfolgt.

Als Kompromiss wäre auch eine Finanzordnung denkbar, die die Verteilungsquoten nach der Haushaltsplanung jährlich innerhalb eines gewissen Rahmens variabel anpasst. Der Landesparteitag könnte mit Mehrheitsbeschluss jährlich die Verteilung vornehmen, die er aufgrund der aktuellen Lage für sinnvoll erachtet.

## **2.) Inhaltliche Programmarbeit für Kommunal- und Landtagswahlen befördern:**

Unabhängig von der Frage der Programmerweiterung auf Bundesebene ist es für den Landesverband in Anbetracht der 2011 und 2013 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen natürlich sehr wichtig, kommunal- und landespolitische Programme und Aussagen zu entwickeln. Gerade das Bedürfnis einer frühzeitigen Programmentwicklung vor Ort macht es zwingend nötig, dass man sich möglichst schnell auf gemeinsame Rahmegrundsätze einigt, die für die autonome kommunalpolitische Programmentwicklung als landesweites Fundament für die Fragen dienen „Was kann als kommunalpolitische Aussage von den Piraten vor Ort überhaupt autonom entwickelt werden?“ und „Was bedarf eigentlich einer landes- oder bundesweiten Entscheidungsfindung?“. Gleiches gilt natürlich auch auf Ebene des Landesverbandes.

Wenn Positionen auf kommunaler Ebene zu Bundes- oder Landesthemen gemacht werden sollen, zu denen noch keine beschlossene Position auf diesen Ebenen vorliegen, bedarf es ebenfalls einer ordentlichen Kenntlichmachung nach außen, bspw. in Form einer vereinbarten Sprachregelung, da sonst die Gefahr bestehen könnte, dass die Bürger diese Aussagen voreilig als allgemeine Aussage der Piratenpartei zuordnen und es dann bei einer späteren anderslautenden Beschlußfassung der Bundes- oder Landespartei zu erheblicher Verwirrung führen könnte. Immerhin ist es ja in der jüngsten Vergangenheit eine sehr einhellige Meinung der Piraten gewesen, dass wir den Menschen eine verlässliche Aussage zu den Themen geben möchten. Eine fehlende Regelung hierzu könnte dazu führen, dass genau hier unglücklicherweise gegenteilige Positionen wiedergegeben werden und damit dem Vertrauen in die Piraten ein immenser Schaden entsteht.

Wohlgermerkt soll dies natürlich nicht heißen, dass man auf anderer Ebene keine eigene Meinung

haben und äußern können soll. Es geht nur darum zu klären, wer für die einzelnen Positionsfragen eigentlich Entscheidungen treffen müsste und wie anderslautende Meinungen nicht dazu beitragen, dass beim Bürger nicht ankommt, wir würden ständig die Meinung wechseln.

Ich meine, dass logischer Weise für eine nötige Abgrenzung der meinungsbildenden Entscheidungsebenen nur die Regelungshoheiten der legislativen Gremien herangezogen werden kann.

Aussagen zur Bundesgesetzgebung muss der Bundespartei vorbehalten sein, Landesgesetze dem Landesverband. Demzufolge kann sich autonom entscheidbare Kommunalpolitik der Kreise natürlich nur auf konkrete kommunale Anliegen und Verordnungen beziehen.

Weitergehende Aussagen könnten bspw. mit der Formulierung deutlich gemacht werden, dass man sich innerparteilich auf Landes- oder Bundesebene für eine entsprechende Positionierung der PIRATEN einsetzen will. Damit wäre zumindest nach außen erkenn- und argumentierbar, dass hier keine Positionswechsel stattfinden, obwohl es sicher dennoch hier und da zu Verwirrungen führen wird.

Die kommunalpolitischen Arbeiten vor Ort können außerdem als erste Diskussionsbasen zur Weiterentwicklung auf anderen Ebenen genutzt werden, auch wenn weitere thematische Arbeiten aus anderen Formen der Zusammenarbeit hinzutreten müssen. Die Aussagen zur Kommunalpolitik gelten natürlich selbstredend auch für die entwickelten Positionen auf Landesebene, die als Ausgangspunkt für bundes- und kommunalpolitische Positionierungen dienen können. Aus diesen Ebenen hat sich aber der Landesverband natürlich politisch heraus zu halten.

Es ist meiner Meinung nur mal wichtig, diese Unterscheidungen auch einmal sauber miteinander zu vereinbaren, da dies nicht unwichtig ist und in den anstehenden Themendiskussionen schnell zu Problemen führen kann. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle als eigenen Punkt ansprechen. Ich gehe ansonsten davon aus, dass die Entwicklung von Programmen und Aussagen den Piraten sicher die wenigsten Schwierigkeiten bereiten wird, auch wenn die Diskussionen sicher hoch hergehen werden. ;)

### **3.) Organisatorische und dienstleistende Arbeiten aufbauen, strukturieren und verbessern:**

Vom tollsten und bestdurchdachtsten Programm werden wir am Ende nichts haben, wenn wir durch den Wähler nicht zur Umsetzung in die Rathäuser und den Landtag berufen werden. Es ist schlicht auch erforderlich, dass wir unsere Themen auch „auf die Straße tragen“ und dem Bürger klar verständlich machen, warum er uns bei den Kommunal- und Landtagswahlen seine Stimme geben sollte.

Bei der Europa- und der Bundestagswahl in diesem Jahr haben wir wie überall größtenteils Organisationsstrukturen nutzen können, die seitens der Bundespartei existieren.

Natürlich wird uns die Bundespartei sicher auch bei den Kommunal- und Landtagswahlen unterstützen, jedoch sollten wir uns bewußt sein, dass ein länderübergreifender Wahlkampf doch etwas anderes ist als Wahlkämpfe in einem einzelnen Bundesland.

Daher sollten wir uns nmM darauf einstellen, dass wir viele organisatorische und dienstleistende Aufgaben auf Landesebene selbst erledigen können müssen, da wir nicht im selben Maß auf die Unterstützung von Piraten aus Bayern, Sachsen oder anderswo bauen können, da allein die Motivation höchstens hilfestellenden Charakter haben wird.

Damit sollte klar sein, dass wir uns im Landesverband auch organisatorisch autarke Strukturen aufbauen müssen, die für uns diese organisatorische und dienstleistende Arbeiten wahrnehmen können. Eine solche Entwicklung kann man auch gegenwärtig ansatzweise schon in NRW beobachten, was auch eine schöne Möglichkeit darstellt, aus den dortigen Erfahrungen zu lernen.

In Niedersachsen existiert neben der Orga-AG für den Landesparteitag gegenwärtig nur das „Pressteam Nds“, das aber noch nicht so effektiv durchstrukturiert ist, wie dies bei der Presse-AG der Bundespartei der Fall ist.

Auch wenn man sicher nicht die Strukturierungstiefe der Bundespartei erreichen kann, wozu uns natürlich schon rein personell die Möglichkeiten fehlen, müssen wir die Pressearbeit weiter ausbauen und für andere Aufgabenbereiche neben der Pressearbeit erst die Voraussetzungen schaffen. Hier sind natürlich wieder vor allem die AGs gefragt.

Die „Grundpower“ bei allen dieser Arbeiten müssen wir jedenfalls selbst bewerkstelligen, so dass die dann kommende Unterstützung der Bundespartei zusätzliche Möglichkeiten eröffnet. Darüber hinaus gibt es ja nicht nur organisatorische und dienstleistende Arbeiten im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen, aber diese haben einen besonders wichtigen Anteil für unsere Zukunft.

Neben der Pressearbeit im Speziellen ist in meinen Augen eine der wichtigsten Organisationsaufgaben die der Wahlkampf(strategie)planung. Denn gerade die frühzeitige Weichenstellung von Themen, die in diesem Zusammenhang regelmäßig beantwortet werden müssen, erlaubt es sich im konkreten Wahlkampf dann mehr Zeit für andere Dinge zu nehmen - beispielsweise um kreative Ideen zusätzlich aufzunehmen oder um den Wahlkampf stärker in den ländlichen Raum zu tragen.

Wir haben einen wirklich tollen Bundestagswahlkampf gemacht, aber es gibt auch eine Menge Dinge, die man daraus lernen sollte. Beispielsweise möchte ich sehr gerne zukünftig vermeiden, dass wir erst ca. 8 Wochen vor dem Wahlkampf anfangen, viele Vorbereitungen für diesen zu treffen. Dies ist natürlich überspitzt dargestellt, weil wir ja auch noch in etlichen Bundesländern in der letzten Minute Unterschriften zur Zulassung gesammelt haben, aber grundsätzlich sollten doch einige Dinge viel früher vorbereitet werden. Für die an sich grundlegenden Fragen sollte man ein Grundkonzept aus der Schublade ziehen können, das dann am Tag X zügig umgesetzt werden kann. Auch über die Landesgrenzen hinweg können für die Wahlen in den einzelnen Bundesländern gewisse Absprachen getroffen werden, wie man sich geschickt und effizient gegenseitig unterstützt. In den einzelnen Regionen haben sich bei den zurückliegenden Wahlen ebenfalls unterschiedliche Strategien entwickelt, die sich als erfolgreich erwiesen haben. Man kann hier sicher auch untereinander schon viel Know-How austauschen, dass bei den Kommunal- und Landtagswahlkämpfen hilfreich wäre.

Es gibt hier eine ganze Menge Themen, die man ansprechen kann, aber es reicht ja erst einmal, um deutlich zu machen, dass hier eine Menge an Möglichkeiten zur Optimierung vorhanden sind und bei den anstehenden Wahlen möglicherweise den kleinen Unterschied ausmachen. Wer sagt, dass wir keine Optimierungen gebrauchen können, vergißt nmM eben, dass wir uns nochmal erheblich steigern müssen, um die 5%-Hürden tatsächlich zu überspringen. Sicher werden auch erhöhter Bekanntheitsgrad und erweiterte Programme dazu beitragen können, aber gut vorbereitet in einen Wahlkampf zu ziehen, sollte ja auch nicht schaden.

Zumal es einen wichtigen Faktor in Zukunft zunehmend weniger geben wird, der uns bei den Bundestagswahlen viel Aufmerksamkeit und Berichterstattung in den Medien bescherte: „Der

Charme der neuen Partei“.

Gleichzeitig mit dem zunehmende Bekanntheitsgrad reduziert sich auch das Interesse der Medien, über diese neue Partei zu berichten, die erfrischend anders ist. Die mediale Story „nutzt sich ab“, auch wenn wir weiterhin erfrischend anders bleiben. Wir alle kennen dieses Phänomen, wenn wieder ein neues Thema medial gehyped wird.

Dem können wir nur begegnen, indem wir mehr Themen erarbeiten, die wirklich anders aber auch gleichzeitig besser als das Angebot der etablierten Parteien sind, indem wir die Effektivität unserer Pressearbeit und den damit beförderten Aktionen und Themen steigern und indem wir einen Wahlkampf betreiben, der der Materialschlacht der etablierten Parteien nach Möglichkeit in nichts nach steht.

Da die etablierten Parteien aber nunmehr als ernstzunehmende Bedrohung ansehen, werden uns die Wahlkampfzentralen der etablierten Parteien mit Argusaugen beobachten. Man wird sich sicher nicht noch einmal erlauben wollen, dass man erneut ein gutes Thema unberücksichtigt läßt bzw. unterschätzt. Ein vielleicht treffender Vergleich: Wären wir eine Fußballmannschaft, so würden wir uns nunmehr einer massiven und engen Manndeckung gegenüber sehen, weil man uns als technisch stark und torgefährlich erkannt hat.

Insofern wird man uns nicht lange mit neuen Themen allein lassen bzw. schnell auf neue Themen reagieren. Wie dies geschieht, haben wir ja während und nach dem Wahlkampf besonders deutlich bei der FDP und den Grünen erleben dürfen. In Zukunft wird dies sicher facettenreicher betrieben.

Also müssen wir uns darauf einstellen, dass wir im „nächsten Spiel“ neben der technischen Stärke auch in den Grundfertigkeiten Tempo und der Kondition mithalten können, was auf uns als Partei umgesetzt vorallem Pressearbeit und Wahlkampfplanung bedeutet.

Zukünftig bedarf es daher eines Wahlkampfes, der in der analogen Welt dem der Etablierten ähnelt, auch wenn wir in der digitalen ebenso unseren Vorsprung beibehalten und ausbauen sollten.

Wir müssen uns in allen klassischen Bereichen des Wahlkampfes steigern:

- Bei Plakatierungen, die nicht nur in den PIRATEN-Hochburgen in Niedersachsen, dem der etablierten Parteien ansatzweise entspricht, sondern auch in der Fläche des Landes
- Bei großformatigen Plakatwänden, die den Menschen den psychologischen Eindruck von Stärke vermitteln. Wer diese nicht hat, wird implizit als chancenlos angesehen.
- Bei Radio- und Fernsehspots etwas nach dem Vorbild von [ichbinpirat.de](http://ichbinpirat.de)
- Bei Infoveranstaltungen auf der Straße, die nicht nur in den Städten vorkommen dürfen
- Ausbau und Koordinierung von Infomaterialien durch frühzeitige Großbestellungen, Lagerhaltung und Verteilung
- Und bei Spezialevents und Guerilla-Aktionen, die durch ihren besonderen Charakter erhöhte Aufmerksamkeit erzielen. Eine unserer besonderen Stärken, wenn man kreative Aktionen wie das „Killerschach“ denkt.

Ich bin selbst kein besonderer Fan des klassischen Wahlkampfes mit Plakatwäldern. Doch zeigt sich anhand der Bundestagswahl, dass diese augenscheinlich sehr wohl einen stärkeren (psychologischen?) Effekt aufweisen, als ich dies selbst gerne hätte. So muss man anerkennen, dass der Verzicht auf solche Formen des klassischen Wahlkampfes eben ganz erhebliche Wettbewerbsnachteile für eine Partei bedeutet. Ich halte übrigens eine regulierende Regelung für alle Parteien gleichermaßen für sinnvoll, doch so lange dies nicht der Fall ist, müssen wir diese Formen des Wahlkampfes nutzen, um nicht schon damit unsere Themen, die wir in die Parlamente tragen wollen, zum Scheitern zu verurteilen.

Dieser klassische Wahlkampf erfordert auch finanziell erhebliche Mittel, wie wir es ja ebenfalls schon im Bundestagswahlkampf erleben durften. Es ist daher wichtig, dass wir uns – um beim Vergleich zu bleiben – Kraftreserven und Kondition aufbauen, die wir abrufen können, wenn wir diese brauchen. Dies bedeutet, dass wir schon heute möglichst große finanzielle Rückstellungen für die Wahlkämpfe – vorallem aber für die Landtagswahl - bilden müssen und nicht einen großen Teil der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel in nachrangigen Projekten verbrauchen sollten.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit gilt es nun zu lernen und sich auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen, damit wir bei den kommenden Wahlen möglichst gute Ergebnisse erzielen, mit denen sich unsere Ziele für eine bessere Politik umsetzen lassen.

Eins können wir dabei auch mal von den Grünen kopieren, nämlich die Erkenntnis, dass der Weg für eine neue Politik in Deutschland zunächst über die Länderparlamente und Rathäuser führt. Dafür müssen wir uns auch organisatorisch fit machen.

### **Zusammenfassung Teil II:**

- Wichtige Herausforderungen der nächsten Zeit (mittelfristig):
  - Schaffung freundschaftlicher und effektiver Organisations- und Kommunikationsstrukturen
  - Inhaltliche Programmarbeit für Kommunal- und Landtagswahlen
  - Organisatorische und dienstleistende Arbeit aufbauen, strukturieren und verbessern. Besonders wichtig sind Pressearbeit und Wahlkampfplanung.
- Im Sinne einer umfassenden Kommunikation und Zusammenarbeit auf allen Ebenen und im Sinne eines gesunden Systems an Strukturen ist eine breite Aufstellung sinnvoll. Unterhalb des Landesverbandes sollten daher Regional-/Bezirksverbände, Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden.
- Alle Strukturen sind autonom und haben ihre Daseinsberechtigung solange sie nicht inaktiv werden oder Schaden für andere verursachen
- Strukturen haben einzelne Problemfelder, die erkannt werden müssen und denen ggf. entgegengewirkt werden muss
- Besonderes Augenmerk bedarf das Problem, dass die staatliche Parteienfinanzierung nicht gefährdet werden darf. Dazu sollte die Frage aufgeworfen werden, welche Maßnahmen neben Schulungen ergriffen werden können, um ggf. einen Schaden abzuwenden.
- Bei der Bildung von Regional-/Bezirksverbänden ist das Vorgehen „Bottom up“ vorzuziehen, sofern die Interessen des Landesverbandes und damit aller Piraten gewahrt bleiben. Sofern dies nicht kooperativ möglich ist, kann der Landesverband im Notfall ordnend eingreifen, um „Top

down“ im Sinne der Zielsetzung den Rahmen vorzugeben. Die Formel lautet „Bottom up vor Top down“

- Arbeitsgemeinschaften dienen der organisatorischen, inhaltlichen und dienstleistenden Zusammenarbeit innerhalb der Gliederungen und fördern die Kommunikation auf den unterschiedlichen Ebenen. Sie sind autonom und können u.a. zur Erledigung ihrer Arbeit mit eigenen Budgets ausgestattet werden.
- Eine Finanzordnung die den Landesverband zu sehr schwächt, ist nach den Erfahrungen aus anderen Landesverbänden kontraproduktiv. Die Mittelverwendung wird in ihm effizienter, flexibler und transparenter geregelt. Der Landesverband hat ein hohes Interesse seine Untergliederungen bestmöglich auszustatten und wird dies auch entsprechend des Bedarfs tun. Durch ihn können u.a. unterversorgte Gebiete stärker gefördert werden und damit ein Wachstum in die Fläche.
- Die inhaltliche Programmarbeit zu den Kommunal- und Landtagswahlen bedarf einer klaren Definition bzgl. der Zuständigkeit von Programmentscheidungen, um inhaltlich gegenläufige Aussagen zu vermeiden. Der Bürger will verlässliche Aussagen und diese sind wir ihm schuldig. Aussagen zu Themen, die nicht auf der jeweiligen Entscheidungsebene liegen, sollten zumindest kenntlich gemacht werden
- Der Landesverband muss für die Wahlkämpfe im eigenen Bundesland Vorbereitungen treffen, um die organisatorischen und dienstleistenden Arbeiten selbst bewerkstelligen zu können. Die Unterstützung durch die Bundespartei wird hier weniger umfassend sein, als wir das von länderübergreifenden Wahlen gewohnt sind.
- Die Wahlkampfzentralen der etablierten Parteien beobachten uns mit Argusaugen, weshalb man nicht damit rechnen sollte, dass sie eine inhaltliche Abgrenzung mit besseren inhaltlichen Angeboten widerstandslos zulassen werden.
- Die Pressearbeit muss effektiver strukturiert werden
- In der Wahlkampf(strategie)planung liegen viele Optimierungsmöglichkeiten für den nächsten Wahlkampf, insbesondere im klassischen Bereich und sollte daher frühzeitig begonnen werden.
- Es müssen frühzeitig finanzielle Rückstellungen für die Wahlkämpfe gebildet werden

#### **Sonstiges wünschenswertes für die Zukunft:**

- Klar benannte und aktuell gehaltene Ansprechpartner/Kontaktdaten für Aufgabengebiete. Auch anonymisiert, wenn gewünscht (Schnittstellen für Zusammenarbeit benennen)
- Möglichst hohes Maß an Transparenz der aktuellen Arbeiten und Entwicklungen auch für Außenstehende - auch um Redundanz zu vermeiden (Anti-Black-Box)
- Frühzeitige und zeitlich möglichst großzügige Planung, um zeitliche Verzögerungen einzuplanen, um Mitwirkung zu ermöglichen und um optimalere Ergebnisse durch möglichst umfassende Berücksichtigung aller Faktoren zu erzielen (Effektivitätssteigerung durch Erwerb einer umfassenden Perspektive zu Projekten)